

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.
Besprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,
incl. Fracht 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Rthl.
mit Postbeförderung 45 Rthl.
Inserate 5 Gg. Petitionen 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Labelarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Reclamenstich
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postvorschuß.

№ 61.

Sonnabend den 2. März 1878.

72. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 3. März nur Vormittags bis 1 1/2 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Holz-Auction.

Freitag, den 8. März 1878, sollen von Nachmittags 3 Uhr an im **Hortkredite Connewitz** auf dem
Mittelwaldschlage in Abtheilung 6a und 19
ca. 250 Stück klar gemachte **Stochholzhausen**
unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den
Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im sogenannten **Kypisch**, unweit der hohen Brücke an der Conne-
witz-Johannsgasse.
Leipzig, am 28. Februar 1878. **Des Rath's Hort-Deputation.**

Bekanntmachung.

Wängs des Grundstücks der höheren **Töchter Schule** am **Schleierplatz** sollen circa 300 Qm Trottoirplatten
und 154 laufende Meter Granitsteinplatten verlegt und die Ausführung dieser Arbeiten auf dem Wege der
Submission vergeben werden.
Diejenigen Steinmetzmeister, welche gefesselt sind, sich bei der Submission zu betheiligen, können Pläne
und Bedingungen auf unserem Bauamt (Rathhaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 1) einsehen und haben ihre
Offerten mit der Aufschrift **Trottoirlegung des Schloßplatzes am Schleierplatz** spätestens bis
5. März d. J. Nachmittags 5 Uhr, unterzeichnet und versiegelt, ebenfalls selbst einzureichen.
Leipzig, den 25. Februar 1878. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Baumgarn.

Steuer-Zuschlag

zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.
Auf Grund von §. 17, Punct 2a und 8 des Gesetzes vom 23. Juni 1868, die Abänderung mehrerer
Bestimmungen des Gewerbegesetzes vom 15. October 1861 betr., haben wir beschlossen, zur Deckung unseres
Verwaltungsaufwandes — und zwar, in Gemäßheit von §. 7 der Börsenordnung für Leipzig vom 28. März
1870, einschließlich des Aufwandes der Börse — für das laufende Jahr von den für die Handelskammer
Wahlberechtigten (d. h. von den als Kaufleute oder Fabrikanten mit mindestens 30 A. ordentlicher Gewerbe-
steuer besteuerten in Leipzig und dem Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig)
einen **Zuschlag von zwei Pfennigen auf jede volle Mark des ordentlichen Gewerbe-
steuerjahres**
zum ersten Bedetermine erheben zu lassen, und es wird derselbe, nachdem das königliche Finanzministerium
an den Kreissteuerrath das Erforderliche verfügt hat, hierdurch ausgeschrieben.
Leipzig, den 20. Februar 1878.
Die Handelskammer.
Dr. Bachsmuth, Secr. Dr. Genfel, S.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß wir mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten
das **jährliche Schulgeld** für die Schülern der an unserer **höheren Mädchenschule** neuerrichteten Ele-
mentar- oder Vorclassen X, IX und VIII auf 120 A für Einheimische und auf 160 A für Auswärtige fest-
gesetzt haben.
Als auswärtige Schülerinnen werden diejenigen betrachtet, deren zur Bezahlung des Schulgeldes ver-
pflichtete Angehörige in hiesiger Stadt nicht wohnen und zu den persönlichen Gemeinde-Abgaben hier nicht
beitragen.
Leipzig, den 31. Januar 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Bilisch, Secr.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in der **höheren Abtheilung**, deren **Kollegien** zum einjährigen
Freiwilligendienste berechtigten, am 25. April. Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeich-
nete in den Wochentagen von 10 bis 12 1/2 Uhr und Prospekte sind im Schulgebäude zu haben.
Dr. Odermann, Director.

Leipzig, 1. März.

Camphausen hat den Kaiser um seine Ent-
lassung gebeten. So wird heute positiv aus
Berlin gemeldet. Es kann nicht Wunder nehmen,
daß der Kaiser diesen Schritt gethan hat; er
mußte ihn nothwendig thun, nachdem er erst in der
letzten großen Steuerdebatte in aller Form erklärt
hatte, er wolle nur bleiben, wenn er der Zusam-
mung der parlamentarischen Majorität gewiß sei.
Daß er Nichts weniger als diese Zustimmung be-
steht, darüber kann er sich keiner Täuschung hin-
geben. Seine Steuerprojecte sind in den Brunnen
gefallen, und selbst zur Verhandlung über neue
Steuerentwürfe wird sich die liberale Majorität
nicht eher herbeilassen, als bis sie Sicherheit dar-
über hat, daß die Steuererhöhung im Reich we-
nigstens einigermaßen aufgewogen wird durch eine
entsprechende Steuerentlastung in den Einzel-
staaten und durch die Gewährung constitu-
tioneller Bürgerrechte, namentlich des Steuer-
bewilligungsrechts im größten Bundesstaate. Der
Reichstag wird von seiner Forderung Nichts ab-
lassen, und auch die nationalliberale Partei ist nicht
gewillt, das Diktum einer beträchtlichen Steuer-
erhöhung und zugleich einer Verletzung des parla-
mentarischen Bewilligungsrechtes auf sich zu nehmen.
Das aber verlangt Camphausen, indem er die
Tabaksteuer als Durchgangspunkt zum Monopol
und ohne irgend welche Gegengabe vorschlägt.
Zwischen diesen Standpunkten giebt es keine Ver-
mittlung, und darum bleibt dem Kaiser Nichts
übrig, als sich beim Wort zu nehmen und um seine
Entlassung zu bitten. Wird der Kaiser das Gesuch
gewähren oder ablehnen? Und wird Camp-
hausen, wenn das Letztere eintritt, sich mit diesem
Vertrauensvotum von oben begnügen und im
Amte bleiben, obwohl er die Fühlung nach unten
verloren? Die meisten größeren Berliner Blätter
beantworten diese Fragen noch nicht, sondern
melten einfach die Thatsache, so die „Nat.-
Ztg.“ und die „Post.“ Nach der „Tribüne“
seil das Entlassungsgesuch in so dringender Form
abgelehnt und so entschieden gehalten sein, daß seine
Annahme unausbleiblich erscheine, zumal, wie man
wissen will (und wie die „Post“ bestätigt) Herr
Camphausen persönlich das Gesuch dem Kaiser
unterbreitet habe. Dagegen telegraphirt man der
„Frankf. Ztg.“, das Entlassungsgesuch werde abge-
lehnt werden, und auch nach der „Magdeb. Ztg.“
nimmt man an, der Kaiser werde ähnlich wie bei
dem Gesuche des Grafen Calenberg verfahren und
dem Finanzminister den Wunsch zu erkennen geben,
er möge noch länger im Staatsdienste ver-
bleiben. Da aber Camphausen nicht krankheits-
halber wie Graf Calenberg um Entlassung bitte,
sondern aus constitutionellen Gründen, so werde der
Minister entweder auf seiner Entlassung beharren oder
mit dem Fürsten Bismarck sich darüber in Einklang
setzen müssen, ob Beide dem Kaiser die Auflösung
des Parlaments und Neuwahlen zur Erzielung
einer anderen Majorität vorzuschlagen für ge-
rathen halten. Daran, daß Camphausen seine
constitutionelle Pflicht mit der Einreichung des
Entlassungsgesuches erfüllt glauben und im Falle
der Nichtannahme derselben ruhig im Amte ver-
bleiben sollte, glaube man nicht. Die Frage, wer
der eventuelle Nachfolger desselben werden dürfte,
beantwortet man sich — da die auf Delbrück
abzielenden Gerüchte auf absolutem Irrthum
beruhen — ziemlich allgemein dahin, daß zu-
nächst ein Bachmann, eine politische möglichst
farbloße Persönlichkeit, den Posten zu überneh-
men hätte. Wie aber ist dies wieder in Ein-

klang zu bringen mit den neulich ausgesprochenen
Plänen des Kanzlers, wonach der zukünftige Vice-
kanzler, der Vicepräsident des preussischen Mini-
steriums, der Ober des selbstständig zu machenden
Reichsfinanzamtes und der preussische Finanz-
minister eine und dieselbe Personlichkeit sein soll?
Außer der des Reichskanzlers selber ist keine
Stellung im Reich denkbar, welche höhere politische
Bedeutung hätte, als diese! Die Nachricht des
„Hamb. Corr.“ von einer Unterredung des Kaisers
mit Herrn v. Bennigsen auf dem Hofste am ver-
gangenen Freitag, worin der Kaiser gesagt haben
soll, er könne sich nicht von seinen alten Ministern
trennen, wird mit großer Sicherheit als durchaus
unrichtig bezeichnet. Und da ist es kein
Wunder, daß aufs Neue die Combination
Bennigsen auftaucht, — wie denn bei der jetzigen
Lage des Reiches der Erfindungsgeist überhaupt
Thür und Thor geöffnet ist. Die Erfahrungen,
die wir mit den Pariser Verhandlungen gemacht
haben, sollten uns aber denn doch Vorsicht in der
Aufnahme solcher Conjecturen gelehrt haben,
und wir schließen daher für heute mit folgendem
Warnungsdruck, den die „Nat.-Ztg.“ ergeben läßt:
„Auf dem Boden der letzten Vorgänge im Reichs-
tage sproßt eine solche Menge von Erdichtungen und
Mythen auf, daß ihr darin nur die Zeit gleich kommt,
als Herr v. Bennigsen von Paris zurückkehrte. Wer
sich erinnert, was von allen Erzählungen übrig
blieb, die damals über die intimen Vorgänge mit
solcher Sicherheit verbreitet wurden, der hat den
Rathschluß dafür, was an den heutigen „Enthüllungen“,
die mit nicht minderer Sicherheit auftreten, wahr
ist. Wir haben uns damals darauf beschränkt, die
einfache Thatsache mitzutheilen, um die es sich ge-
handelt hat und die heute allgemein als allein
übrig gebliebenen zugestanden wird; wir verwahren
uns heute, gewarnt durch eine allerjüngste Er-
fahrung, vor allen diesen Gerüchten und Enthül-
lungen, die nur dazu beitragen können, die Ver-
wirrung zu erhöhen und der Lösung, die doch
schließlich gefunden werden muß, Hindernisse zu
bereiten.“

Das Organ der deutschen Reichspartei, die
„Post“, ist in anerkannter Weise demüthigt,
die bedauerliche Situation, welche sich am Schluß
der Steuerdebatte ergeben, wieder günstiger
zu gestalten. In dieser Richtung veröffentlicht das
Blatt jetzt einen Artikel, welcher, der vorgelegten
Chiffre nach zu urtheilen, der Feder des Abg. v.
Barnhäuser entsprossen zu sein scheint. Der Artikel
bezeichnet den Kern der Krise richtig; weniger zu-
treffend ist die Kritik der Stellung, welche die
nationalliberale Partei zu diesem Kern eingenom-
men. Der Artikel führt aus, daß die Frage der
zweckmäßigsten Besteuerung des Tabaks,
noch diejenige der verfassungsmäßigen Bür-
gerschaften, soweit das Reich in Frage komme,
zu einem jede Möglichkeit einer Verständigung aus-
schließenden Meinungszwiespalte zu führen geeignet
sei. Im Großen und Ganzen mag dies richtig
sein, obgleich man es immerhin auffallend finden
muß, daß von Seiten der Reichsregierung im Ver-
laufe der Debatte auch nicht die leiseste Andeutung
gemacht wurde, wie der Reichstag für das bei voll-
ständiger Abschaffung der Matricularbeiträge ihm
verloren gehende Steuerbewilligungsrecht zu ent-
schädigen sei. Die Quintessenz des Streites findet
der Artikel in der Frage, was mit den in Folge
der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches
sich ergebenden Ersparnissen der Einzelstaaten an-
zufangen sei. Ganz richtig wird hervorgehoben,
daß es sich hier eigentlich nur um eine spezifisch

preussische Frage handle; denn während nach
dem Staatsrechte der meisten deutschen Staaten
über jene Ersparnisse bezw. über die Frage, ob
eine Steuerverminderung vorzunehmen sei, unwei-
selhaft im Wege der Vereinbarung zwischen Re-
gierung und Volksvertretung zu befinden ist, be-
stimmt in Preußen wesentlich der Art. 109 der
Verfassung: „Die bestehenden Steuern werden
forterhoben.“ Der Artikel der „Post“ meint nun,
daß diese „spezifisch preussische Frage“ in den Ent-
scheidungen des Reichstages keine Rolle spielen
dürfte. So getraut stehen aber Reich und Einzel-
staaten denn doch nicht neben einander, daß in der
Befehlgabe des einen Theils auf die Verhältnisse des
andern Theils gar keine Rücksicht zu nehmen wäre,
am allerwenigsten da, wo es sich um die vom Volke
zu tragende Steuerlast handelt. Man hat gut
sagen, daß der Einzelstaat sich in Allem, was seine
innere staatsrechtliche Organisation angeht, selbst
helfen müsse; das preussische Volk würde es seinen
Vertretern im Reichstage nimmermehr verzeihen,
wenn dieselben ihm neue Steuern auferlegt hätten,
ohne die Gewissheit, daß in Preußen eine ent-
sprechende Erleichterung der Steuerlast wirklich
durchgeführt werden würde. Selbstverständlich
ist nicht die Reichslegislation im Stande, etwa
den Art. 109 der preussischen Verfassung auf-
zuheben oder sonst wie durch eine entsprechende
Vorschrift in das preussische Staatsrecht einzu-
greifen. Wohl aber könnten bei der Organisation
des Reichsfinanzwesens sachliche und persönliche
Garantien gegeben werden, welche den preussischen
Abgeordneten die Zustimmung zu einer Vermehrung
der eigenen Einnahmen des Reiches gestatten würde.
So lange diese Garantien nicht gegeben werden,
wird auch diese Zustimmung wenigstens den libe-
ralen Abgeordneten nicht möglich sein. Diese Sach-
lage ist so klar und ergreift sich so unmittelbar aus
den praktischen Bedürfnissen, daß die Verfassung,
die Nationalliberalen einer doctrinären Principien-
reiterei anzuliegen, diesmal beim Volke weniger als
jemals verfangen werden.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 1. März.

Fürst Bismarck hat befreundeten Abgeordneten
gegenüber lebhaft gesagt, wie sehr ihn die Reichs-
tagverhandlungen, die zu dem gegenwärtig gerade
besonders anstrengenden Geschäften der auswärtigen
Politik hinzukommen, anstreifen und aufreizen.
Sobald die ihn näher berührenden Theile des
Etat's und die Stellvertretungsvorlage im Reichs-
tage erledigt sein werden, wird der Reichskanzler
verausichtlich seine active Betheiligung an den
parlamentarischen Verhandlungen im Interesse
seiner Gesundheit wesentlich einschränken.
Beim Reichstage ist von Seiten der General-
versammlung der „Steuer- und Wirtschafts-
reformer“, die vor Kurzem tagte, eine Pe-
tition um Einführung des Tabakmonopols
eingegangen. Daß man das Tabakmonopol als
traurige Nothwendigkeit über sich ergehen lassen
kann, vermögen wir uns zu denken; weniger,
wie man darum petitioniren kann.
Die Verdienste der Reichsregierung um die
Durchführung der Münzreform erkennt jetzt
selbst die dem Reiche nicht sehr grüne „Frankf.
Zeitung“ an; sie sagt: „Soweit es sich um die
Beschaffung des Materials zu den neuen Münzen
und um die Herstellung derselben handelt, sind die
Maßregeln der Reichsregierung richtig durchge-
führt und von gutem Erfolge begleitet gewesen.
Wir erkennen dies bereitwillig an. Dagegen

können wir nicht so günstig über die Münzpolitik
der Reichsregierung urtheilen, soweit die Realisirung
des Silbers in Frage kommt... Hätte auch hier
bedeutend gespart werden können, und wären
uns hierdurch die Folgen einer mehrjährigen Ueber-
füllung des Marktes mit gemünztem Gelde erspart
geblieben, so ist doch im Ganzen das Opfer, wel-
ches die Münzreform der Nation auferlegt, kein
unverhältnißmäßig großes. Die Consequenzen der
gemachten Fehler sind vielfach dadurch gemildert
worden, daß die Operationen der Reichsregierung
verhältnißmäßig vom Glücke begünstigt waren.
Im Großen und Ganzen darf man daher auf den
Verlauf der Münzreform mit Befriedigung
zurückblicken. Für die bedeutenden Opfer, welche
dieselbe den Steuerzahlern auferlegt, ist in 5 bis
6 Jahren auch Bedeutendes geleistet worden und
was die Hauptsache ist: heute kann unsere Münz-
reform als dem Wesen nach als glücklich durchge-
führt betrachtet werden.“

In Oesterreich werden nach der „N. Fr. Pr.“
die Vorarbeiten für eine Mobilisirung mit aller
Emsigkeit betrieben und die detaillirtesten vorbereiten-
den Maßregeln getroffen, um die gesammelten Wehr-
kräfte in kürzester Zeit auf den Kriegsfuß stellen zu
können. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß bereits
Verfügungen getroffen werden und getroffen worden
sind, welche nicht mehr in den Rahmen der Mo-
bilisirungs-Vorarbeiten allgemeiner Natur gehören,
die von jeder Heeresleitung auch im tiefsten Frieden
getroffen werden müssen, sondern welche sich bereits
auf einen concreten Mobilisirungsfall beziehen. Im
Reichs-Kriegsministerium wie in den verschiedenen
Generalstabs-Bureaux herrscht daher auch eine siche-
rhaftige Thätigkeit und finden ununterbrochen Sitzungen
und Beratungen statt. Die Kriegseintheilungen für
alle bei den Hauptquartieren und Städten zur Ver-
wendung gelangenden Organe sind bereits festgestellt
und den betreffenden Personen mitgetheilt worden; in
gleicher Weise sind auch schon die Grenzen für das
erste Avancement fixirt. Die Heeresverwaltung
ist mit mehreren Unternehmern wegen Lieferung
größerer Vorräthe von Verpflegungsbedürfnissen in
Unterhandlung getreten. In Ungarn und Galizien
werden durch die Intendanten gleichfalls Maß-
regeln wegen Ansammlung von Verpflegsvorräthen
getroffen. Durch die Verpflegungsmagazine wurde
bereits die beurlaubte Mannschaft zur Dienst-
leistung einberufen. Ebenso sind wegen möglicht-
rascher Durchführung der Truppen- und Kriegs-
material-Transporte die Vorbereitungen in vollem
Zuge. In dem Bureau des Generalstabs für
Eisenbahn- und Telegraphenwesen werden im Ein-
vernehmen mit den Bahnverwaltungen die Kriegs-
fahrordnungen entworfen, und zwar auf Basis
der größtmöglichen Leistungsfähigkeit jeder einzelnen
Bahn und in der Weise, daß beim Beginn der
Militär-Transporte der gewöhnliche Verkehr ganz
eingestellt oder nur theilweise beschränkt wird. Das
erforderliche Pferdmaterial ist gleichfalls sicher-
gestellt und auf die verschiedenen Länder und Pro-
vinzen vertheilt.

Im ungarischen Unterhause richtete Simonyi
eine Interpellation an die Regierung wegen der
angeblich durch die Russen erfolgten Hinrichtung
österreichisch-ungarischer Unterthanen in
der Türkei. Der Ministerpräsident erklärte, er
werde die Interpellation später beantworten; das
Ministerium des Auswärtigen werde vorerst Er-
hebungen veranlassen, um die Richtigkeit der Thet-
sache zu ermitteln.
Von Seiten der Friedenspartei in London
ist beschlossen worden, am 17. März ein neues
Meeting im Hydepark zu veranstalten.